

**Vorlage
für die Sitzung
der staatlichen Deputation
für Soziales, Kinder und Jugend
am 05.02.2015**

„Konzept zur Prävention von Teenagerschwangerschaften im Land Bremen endlich umsetzen!“

A. Problem

Der Senat hat am 23.04.2013 der Deputation für Soziales, Kinder und Jugend den am 15.01.2013 im Landtag gestellten Antrag der Fraktion der CDU „Konzept zur Prävention von Teenagerschwangerschaften im Land Bremen endlich umsetzen!“ (Drucksache 18/726) zur Beratung überwiesen.

Die Fraktion der CDU fordert mit ihrem Antrag, dass die Bürgerschaft (Landtag) beschließen möge:

„In Bremen und Bremerhaven werden seit Jahren deutlich mehr minderjährige Mädchen schwanger, als im Bundesvergleich. Grundsätzlich ist festzuhalten, dass Schwangerschaft und Geburt bei minderjährigen Mädchen keine prinzipiell negativen Ereignisse sind. In den meisten Fällen fehlen aber die persönlichen Voraussetzungen und Kompetenzen für den verantwortungsvollen Umgang mit einem Kind.

Minderjährige, werdende Mütter besuchen nachweislich seltener die entsprechenden ärztlichen Vorsorgeuntersuchungen. Die Quote von Alkohol- oder Drogenkonsum sowie Rauchen während der Schwangerschaft und der Anteil der Frühgeburten sind bei Teenagermüttern deutlich erhöht, womit auch die Säuglingssterblichkeit steigt. Auch der Anteil der Abtreibungen liegt in dieser Altersgruppe über dem Durchschnitt. Auch wenn die meisten Teenager ungewollt schwanger werden, erhoffen sich, gerade benachteiligte Jugendliche, oft durch ein Kind auch bessere Chancen einer sozialen Teilhabe und wünschen sich die „heile“ Familie, die sie selber nie hatten.

Im Jahr 2008 hat die Senatorin für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales deshalb eine Studie zur Situation und zum Handlungsbedarf bei Teenagerschwangerschaften im Land Bremen vorgelegt. Dazu wurden insgesamt 56 Experten befragt, deren Handlungsempfehlungen im Konzept zusammengefasst wurden. Insbesondere die Bereiche der Verbesserung der Prävention, Verbesserung der Versorgung während der Schwangerschaft und nach der Geburt des Kindes sowie die Verbesserung der Transparenz und Vernetzung der verschiedenen Berufsgruppen der Beratenden und Unterstützenden standen dabei im Mittelpunkt der Empfehlungen.

Bereits 2002 wurde außerdem bei der Sozialsenatorin eine Arbeitsgemeinschaft „Junge Mütter“ angesiedelt, die einen Erfahrungsaustausch und die quantitative und qualitative Ausweitung von

Präventionsprojekten zum Ziel hatte. Diese Arbeitsgemeinschaft besteht seit Beginn dieser Legislaturperiode nicht mehr.

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,

1. der Bürgerschaft (Landtag) bis zum 1. Mai 2013 eine Zwischenevaluation des 2008 vom Senat vorgelegten Berichtes über Teenagerschwangerschaften im Land Bremen zur Beratung und Beschlussfassung vorzulegen, der Auskunft über die aktuellen Zahlen von Teenagerschwangerschaften im Land Bremen gibt und darstellt, ob und inwieweit die 2008 aufgezeigten Handlungsbedarfe bereits umgesetzt wurden und an welchen Stellen Nachbesserungsbedarf besteht.
2. der Bürgerschaft (Landtag) ebenfalls bis zum 1. Mai 2013 ein zwischen den Ressorts abgestimmtes Konzept zur Beratung und Beschlussfassung vorzulegen, wie die Handlungsempfehlungen aus dem Jahr 2008 bis zum Ende der aktuellen Legislaturperiode umgesetzt werden können.
3. den Arbeitskreis „Junge Mütter“ bei der Sozialsenatorin dauerhaft wieder einzusetzen und langfristig und nachhaltig in Zusammenarbeit mit Experten an der inhaltlichen Weiterentwicklung des Konzeptes zur Prävention von Teenagerschwangerschaften zu arbeiten.“

B. Lösung

Der staatlichen Deputation für Soziales, Kinder und Jugend wird dem Überweisungsbeschluss entsprechend der in der Anlage beigefügten Bericht zur Beratung vorgelegt.

C. Alternativen

Keine.

D. Finanzielle / Personalwirtschaftliche Auswirkungen / Gender Prüfung

Keine finanziellen und personalwirtschaftlichen Auswirkungen.

Bei der angesprochenen Zielgruppe der Teenagerschwangerschaften handelt es sich ausschließlich um junge Frauen bis zum Alter von 20 Jahren. Männliche Partner, die sowohl für das Konzept der Prävention und auch in der Wahrnehmung der Elternschaft eine Rolle spielen, finden in den Handlungskonzepten Beachtung.

E. Beteiligung / Abstimmung

Die Abstimmung mit dem Senator für Gesundheit und dem Magistrat Bremerhaven ist eingeleitet.

F. Beschlussvorschlag

1. Die staatliche Deputation für Soziales, Kinder und Jugend nimmt den Bericht der Senatorin für Soziales, Kinder, Jugend und Frauen zum Antrag der Fraktion der CDU „Konzept zur Prävention von Teenagerschwangerschaften im Land Bremen endlich umsetzen!“ vom 15.01.2013 (Drucksache 18/726) zu Kenntnis.
2. Die staatliche Deputation für Soziales, Kinder und Jugend empfiehlt der Bremischen Bürgerschaft (Landtag), den Antrag der Fraktion der CDU „Konzept zur Prävention von Teena-

gerschwangerschaften im Land Bremen endlich umsetzen!“ vom 15.01.2013 (Drucksache 18/726) abzulehnen.

Anlage

Bericht der Senatorin für Soziales, Kinder, Jugend und Frauen zum Antrag der Fraktion der CDU vom 15.01.2013 (Drucksache 18/726)

Bremische Bürgerschaft

Drucksache 18/

Landtag

(zur Drs.18/726)

18. Wahlperiode

Bericht der staatlichen Deputation für Soziales, Kinder und Jugend

Antrag der Fraktion der CDU vom 15.01.2013

„Konzept zur Prävention von Teenagerschwangerschaften im Land Bremen endlich umsetzen!“

I. Bericht der staatlichen Deputation für Soziales, Kinder und Jugend

Die Fraktion der CDU hat am 15.01.2013 den Antrag „Konzept zur Prävention von Teenagerschwangerschaften im Land Bremen endlich umsetzen!“ (Drucksache 18/726) gestellt:

„In Bremen und Bremerhaven werden seit Jahren deutlich mehr minderjährige Mädchen schwanger, als im Bundesvergleich. Grundsätzlich ist festzuhalten, dass Schwangerschaft und Geburt bei minderjährigen Mädchen keine prinzipiell negativen Ereignisse sind. In den meisten Fällen fehlen aber die persönlichen Voraussetzungen und Kompetenzen für den verantwortungsvollen Umgang mit einem Kind.

Minderjährige, werdende Mütter besuchen nachweislich seltener die entsprechenden ärztlichen Vorsorgeuntersuchungen. Die Quote von Alkohol- oder Drogenkonsum sowie Rauchen während der Schwangerschaft und der Anteil der Frühgeburten sind bei Teenagermüttern deutlich erhöht, womit auch die Säuglingssterblichkeit steigt. Auch der Anteil der Abtreibungen liegt in dieser Altersgruppe über dem Durchschnitt. Auch wenn die meisten Teenager ungewollt schwanger werden, erhoffen sich, gerade benachteiligte Jugendliche, oft durch ein Kind auch bessere Chancen einer sozialen Teilhabe und wünschen sich die „heile“ Familie, die sie selber nie hatten.

Im Jahr 2008 hat die Senatorin für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales deshalb eine Studie zur Situation und zum Handlungsbedarf bei Teenagerschwangerschaften im Land Bremen vorgelegt. Dazu wurden insgesamt 56 Experten befragt, deren Handlungsempfehlungen im Konzept zusammengefasst wurden. Insbesondere die Bereiche der Verbesserung der Prävention, Verbesserung der Versorgung während der Schwangerschaft und nach der Geburt des Kindes sowie die Verbesserung der Transparenz und Vernetzung der verschiedenen Berufsgruppen der Beratenden und Unterstützenden standen dabei im Mittelpunkt der Empfehlungen.

Bereits 2002 wurde außerdem bei der Sozialsenatorin eine Arbeitsgemeinschaft „Junge Mütter“ angesiedelt, die einen Erfahrungsaustausch und die quantitative und qualitative Ausweitung von Präventionsprojekten zum Ziel hatte. Diese Arbeitsgemeinschaft besteht seit Beginn dieser Legislaturperiode nicht mehr.

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,

1. der Bürgerschaft (Landtag) bis zum 1. Mai 2013 eine Zwischenevaluation des 2008 vom Senat vorgelegten Berichtes über Teenagerschwangerschaften im Land Bremen zur Beratung

und Beschlussfassung vorzulegen, der Auskunft über die aktuellen Zahlen von Teenagerschwangerschaften im Land Bremen gibt und darstellt, ob und inwieweit die 2008 aufgezeigten Handlungsbedarfe bereits umgesetzt wurden und an welchen Stellen Nachbesserungsbedarf besteht.

2. der Bürgerschaft (Landtag) ebenfalls bis zum 1. Mai 2013 ein zwischen den Ressorts abgestimmtes Konzept zur Beratung und Beschlussfassung vorzulegen, wie die Handlungsempfehlungen aus dem Jahr 2008 bis zum Ende der aktuellen Legislaturperiode umgesetzt werden können.
3. den Arbeitskreis „Junge Mütter“ bei der Sozialsenatorin dauerhaft wieder einzusetzen und langfristig und nachhaltig in Zusammenarbeit mit Experten an der inhaltlichen Weiterentwicklung des Konzeptes zur Prävention von Teenagerschwangerschaften zu arbeiten.“

Im Vergleich zu anderen Ländern ist die Zahl der Teenagerschwangerschaften in Deutschland und auch im Land Bremen niedrig. Die bekannten Statistiken für Deutschland und Bremen zeigen ein relativ gleichbleibendes Bild ohne größere Entwicklungen einer Steigerung oder Abnahme. Allerdings sind Verschiebungen in den Alterskohorten der Mütter zu verzeichnen, in manchen Jahren mehr Geburten bei jüngeren Frauen unter 20 Jahren und in anderen Jahren mehr Geburten bei den älteren „Teenagern“ (18-20 Jährigen).

Die Quote der Schwangerschaftsabbrüche ist ein weiterer Indikator für die Häufigkeit von Schwangerschaften in dieser Altersgruppe: In Deutschland betrug die Quote der Schwangerschaftsabbrüche der 15-18-Jährigen im Jahr 2013 3,2% (Bremen 2,1%), der Mädchen unter 15 Jahren 0,3% (Bremen 0,3%).

Wie schon im Situationsbericht 2008 „Teenagerschwangerschaften im Land Bremen“ zum Ausdruck gebracht, ist trotz der vergleichsweise geringen Zahlen die Schwangerschaft von sehr jungen Frauen und die Startbedingungen für die Säuglinge Anlass für Angebote der Prävention und der Versorgung von Mutter und Kind.

Die allgemeine Forderung im Titel des Antrages „Konzept zur Prävention von Teenagerschwangerschaften im Land Bremen endlich umsetzen!“ suggeriert, dass es keine ausreichende Umsetzung der Handlungsempfehlungen aus dem Situationsbericht der Senatorin für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales aus 2008 stattgefunden hat. Die der Senatorin für Soziales, Kinder, Jugend und Frauen vorliegenden Berichte über die Entwicklungen in den letzten Jahren bestätigen diese Aussage nicht. Insbesondere die Ausweitung der Arbeit von Familienhebammen und anderer Gesundheits- und sozialpädagogischer Fachkräfte in der aufsuchenden Betreuung und Unterstützung von jungen Schwangeren und nach der Geburt der Säuglinge mit ihren Eltern und der Ausweitung flankierender Angebote der Beratung und frühen außerfamiliären Betreuungsmöglichkeiten von Kleinkindern zeigen eine positive Entwicklung. Das Konzept und die Programmatik der Bundesregierung und der Länder-Bundesinitiative „Frühen Hilfen“ entstanden im Zusammenhang mit dem Kinderschutzgesetz aus 2012 und weisen auch gerade für junge Mütter und ihre Kinder einen Weg auf der verbesserten Unterstützung in deren Lebenssituation, die bekanntermaßen mit vielen Entwicklungsrisiken einhergehen kann.

Im Folgenden wird zu den einzelnen Forderungen Stellung genommen:

- „1. der Bürgerschaft (Landtag) bis zum 1. Mai 2013 eine Zwischenevaluation des 2008 vom Senat vorgelegten Berichtes über Teenagerschwangerschaften im Land Bremen zur Beratung und Beschlussfassung vorzulegen, der Auskunft über die aktuellen Zahlen von Teenagerschwangerschaften im Land Bremen gibt und darstellt, ob und inwieweit die 2008 aufgezeigten Handlungsbedarfe bereits umgesetzt wurden und an welchen Stellen Nachbesserungsbedarf besteht.“

Eine wie im Antrag geforderte Zwischenevaluation zur Umsetzung des vom Senat vorgelegten Berichts über Teenagerschwangerschaften im Land Bremen konnte zur gesetzten Frist und auch aktuell nicht systematisch durchgeführt werden. Durch notwendige Schwerpunktsetzungen sowohl im Gesundheits- als auch im Sozialressort waren Personalressourcen mit anderen Anforderungen gebunden. Über die Entwicklung der Zahlen der Teenageschwangerschaften bis 2013 kann gleichwohl berichtet werden. Es kann auch eine Einschätzung abgegeben werden über die Umsetzung von Handlungsbedarfen und möglichen Nachbesserungsbedarfen.

Im Folgenden wird die Anzahl der lebendgeborenen Kinder in Bremen und Bremerhaven von Müttern unter 20 Jahren in der Zeitreihe von 2009 bis 2013 aufgeführt. Diese Zahlen sind nicht gleichzusetzen mit den Zahlen zu Schwangerschaften, zum Einem werden medizinisch behandelte Fehlgeburten hier nicht erfasst, ebenso wie die Schwangerschaftsabbrüche. Eine abgeleitete Zahl zu Schwangerschaften lässt sich nur über einen Vergleich der Geburtsstatistik und der Schwangerschaftsabbruchstatistik ermitteln.

ANZAHL LEBENGEBORENE NACH ALTER DER MUTTER

Stadt Bremen	2009	2010	2011	2012	2013
unter 15	0	2	0	2	0
15 - 16	4	1	1	1	4
16 - 17	17	11	6	9	5
17 - 18	26	22	19	27	19
18 - 19	33	32	36	29	45
19 - 20	61	72	64	58	61
Gesamt	141	140	126	126	134

Stadt Bremerhaven	2009	2010	2011	2012	2013
unter 15	0	1	1	0	0
15 - 16	1	1	0	0	1
16 - 17	5	1	4	3	3
17 - 18	14	6	6	6	7
18 - 19	23	20	19	17	11
19 - 20	28	29	21	26	24
Gesamt	71	58	51	52	46

ANZAHL SCHWANGERSCHAFTSABBRÜCHE IM LAND BREMEN ABSOLUT UND IN PROZENT DER WEIBLICHEN BEVÖLKERUNG IM ALTER BIS UNTER 20 JAHREN

2009	2010	2011	2012	2013
330	342	266	279	268
0,59	0,62	0,49	0,51	0,49

LEBENGEBORENE UND SCHWANGERSCHAFTSABBRÜCHE IM LAND BREMEN ABSOLUT UND IN PROZENT DER WEIBLICHEN BEVÖLKERUNG IM ALTER BIS UNTER 20 JAHREN

2009	2010	2011	2012	2013
542	540	443	457	448
0,97	0,97	0,82	0,84	0,82

WEIBLICHE BEVÖLKERUNG

Stadt Bremen	2009	2010	2011	2012	2013
unter 15	32892	32739	31934	31855	31946
15 - 16	2307	2384	2319	2390	2349
16 - 17	2411	2335	2399	2362	2422
17 - 18	2487	2437	2325	2456	2413
18 - 19	2657	2614	2570	2505	2613
19 - 20	2963	2977	2889	2893	2800
Gesamt	45717	45486	44436	44461	44543

Stadt Bremerhaven	2009	2010	2011	2012	2013
unter 15	7250	7129	7080	7057	7115
15 - 16	509	557	536	545	498
16 - 17	556	522	554	541	550
17 - 18	570	576	517	547	549
18 - 19	654	570	563	523	560
19 - 20	726	661	558	579	554
Gesamt	10265	10015	9808	9792	9826

(Quelle: Statistisches Landesamt Bremen)

Mit Blick auf die absoluten Zahlen der Geburtenstatistik könnte an Hand der vorliegenden Daten eine Abnahme der Geburten bei jungen Frauen unter 20 Jahren angenommen werden. Die Abnahme der Geburten bei Frauen im Alter von unter 20 Jahren im Zeitraum von 2009 bis 2013 korrespondiert jedoch mit der Abnahme der weiblichen Bevölkerung in diesem Zeitraum in beiden Stadtgemeinden. Bei einem Bevölkerungsrückgang von 3 % in der Population der jungen Frauen ist ein Rückgang der Geburten innerhalb dieser Population um 3% zu verzeichnen.

GEBURTENRATE DER WEIBLICHEN BEVÖLKERUNG IM ALTER BIS UNTER 20 JAHREN IN PROZENT

2009	2010	2011	2012	2013
0,38	0,36	0,33	0,33	0,33

Wenn man die beiden Kommunen altersdifferenziert betrachtet, zeigen sich einige Schwankungen. Da die absolute Anzahl der Geburten aber sehr gering ist, sind diese nicht ausreichend aussagekräftig. Interessant ist eher der Trend. Im Trend lassen sich keine große Veränderung erkennen.

RATE DER LEBENGEBORENE JE 1.000 MÄDCHEN/FRAUEN NACH ALTER DER MUTTER

Stadt Bremen	2009	2010	2011	2012	2013
unter 15	0,1	0,1	0,0	0,1	0,0
15 - 16	0,4	0,4	0,4	0,4	1,7
16 - 17	4,6	4,7	2,5	3,8	2,1
17 - 18	8,8	9,0	8,2	11,0	7,9
18 - 19	12,0	12,2	14,0	11,6	17,2
19 - 20	24,3	24,2	22,2	20,0	21,8
Gesamt	50,2	50,6	47,3	46,9	50,7

Stadt Bremerhaven	2009	2010	2011	2012	2013
unter 15	0,0	0,1	0,1	0,0	0,0
15 - 16	2,0	1,8	0,0	0,0	2,0
16 - 17	9,0	1,9	7,2	5,5	5,5
17 - 18	24,6	10,4	11,6	11,0	12,8
18 - 19	35,2	35,1	33,7	32,5	19,6
19 - 20	38,6	43,9	37,6	44,9	43,3
Gesamt	109,3	93,2	90,3	93,9	83,2

Die vorliegenden Zahlen geben im Vergleich zu 2008 keinen Anlass für die Notwendigkeit neuer Handlungskonzepte zur Prävention und Hilfen für schwangere Teenagermütter und ihre neugeborenen Kinder. Gleichwohl gilt es, die bestehenden Programme und Angebote insbesondere für junge Schwangere und junge Mütter in Risikolagen systematisch und gezielt umzusetzen.

- „2. der Bürgerschaft (Landtag) ebenfalls bis zum 1. Mai 2013 ein zwischen den Ressorts abgestimmtes Konzept zur Beratung und Beschlussfassung vorzulegen, wie die Handlungsempfehlungen aus dem Jahr 2008 bis zum Ende der aktuellen Legislaturperiode umgesetzt werden können.“

Im Bericht aus 2008 wurden unter den Überschriften

- Verbesserung der Prävention
- Verbesserung der Versorgung während der Schwangerschaft
- Verbesserung der Versorgung nach der Geburt des Kindes
- Verbesserung der Transparenz und Vernetzung der verschiedenen Berufsgruppen der Beraterinnen und Unterstützenden

Hinweise entwickelt zu möglichen Nachbesserungsbedarfen in einem in Bremen und Bremerhaven schon zum damaligen Zeitpunkt gut ausgebauten System von Angeboten zur Prävention, Beratung und Begleitung junger Schwangerer und ihrer Partner. Dieses Angebot hat sich in den letzten Jahren erweitert, insbesondere durch die enge Zusammenarbeit des Gesundheitsbereichs mit der Jugendhilfe, vor allem auch im Rahmen der aufeinander aufbauenden integrierten Jugendhilfe- und Gesundheitsplanung, die mit den Mitteln der Bundesinitiative Frühe Hilfen ab 2012 komplementär verstärkt werden konnte. Berichte an die Deputationen Gesundheit und Soziales zur Umsetzung der „Frühen Hilfen“ mit Berichten zum Projekt TippTapp-Gesund ins Leben (Gesundheitsamt Bremen), zum Projekt Pro Kind, zu den Frühberatungsstellen, aber auch die Tätigkeitsberichte von pro familia sind ein Zeugnis dafür. Auch der erste Zwischenbericht zur Umsetzung der Bundesinitiative Frühe Hilfen im Land Bremen von 2013 gibt einen Überblick über den Ausbau der präventiven Angebote zur Unterstützung von Schwangeren und ihren Partnern sowie Eltern, insbesondere in belasteten Lebenslagen. In diesen Projekten steht die Zielgruppe der minderjährigen Schwangeren und Mütter selbstverständlich im Fokus. Bremen und Bremerhaven haben sich auf den Weg gemacht, in sogenannten „Präventionsketten“ junge Familien in Risikolagen eng zu begleiten und zu unterstützen, um ein möglichst lückenloses und koordiniertes Zusammenspiel von Jugendhilfe, Gesundheitsförderung, Frühförderung und den Frühen Hilfen gewährleisten zu können. Die Mutter-Vater-Kind-Einrichtungen bieten jungen Eltern, speziell jungen Frauen Schutz und Gelegenheit, in ihre verantwortungsvolle Rolle hineinzuwachsen.

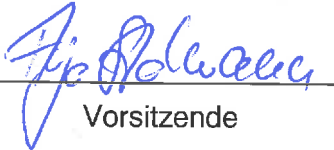
Die Aufgabenstellung der Beratung und Prävention von Teenagerschwangerschaften wird weiterhin verantwortungsvoll und aktiv im Sexualkundeunterricht der Schulen und in der Arbeit von pro familia wahrgenommen. Präventive Projekte wie die Baby-Bedenkzeit haben ungebrochen eine große Nachfrage, insbesondere zum Einsatz in den Schulen.

- „3. den Arbeitskreis „Junge Mütter“ bei der Sozialsenatorin dauerhaft wieder einzusetzen und langfristig und nachhaltig in Zusammenarbeit mit Experten an der inhaltlichen Weiterentwicklung des Konzeptes zur Prävention von Teenagerschwangerschaften zu arbeiten.“

Der Arbeitskreis „Junge Mütter“ hat in Bremen weiter Bestand, allerdings wird er nicht in Federführung der Senatorin für Soziales, Kinder, Jugend und Frauen geführt. Eine Mitarbeit des Ressorts ist jedoch gewährleistet. Ziel des Arbeitskreises sind weiterhin der Erfahrungsaustausch und die inhaltliche Weiterentwicklung von Projekten für junge Müttern, insbesondere bezogen auf die Erreichung von Bildungs- und Berufsabschlüssen.

II. Beschlussempfehlung

Die staatliche Deputation für Soziales, Kinder und Jugend empfiehlt der Bremischen Bürgerschaft (Landtag), den Antrag der Fraktion der CDU „Konzept zur Prävention von Teenagerschwangerschaften im Land Bremen endlich umsetzen!“ vom 15.01.2013 (Drucksache 18/726) abzulehnen.


Vorsitzende


Sprecher